

Niederschrift

über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses - öffentlich -

Datum: 21.06.2011

Ort: Stadtverordnetensaal des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 16:30 Uhr - 17:51 Uhr

Vorsitz: Herr Merkel Stadtmission Chemnitz e. V.
stellv. Ausschussvorsitzender

Beschlussfähigkeit

Soll: 15 stimmberechtigte Ausschussmitglieder/Oberbürgermeisterin

Ist: 14 stimmberechtigte Ausschussmitglieder

Anwesenheit

Entschuldigt

Frau Bettina Bezold	Gleichstellungsbeauftragte	Krankheit
Herr Jörg Hopperdietzel	Fraktion DIE LINKE	Dienst
Frau Andrea Paus	AG Stadelternrat Kindertageseinrichtungen	berufliche u. private Gründe
Herr Holger Pethke	Amt für Jugend und Familie	Urlaub
Herr Joachim Poitschke schen Bildungsagentur	Regionalstelle Chemnitz der Sächsi-	krank
Frau Silke Schönberner	Kinderland Sachsen e.V.	dienstliche Gründe
Herr Fabian Wiechell	sachkundiger Einwohner	verzogen
Frau Karin Genkel	Kinderbeauftragte	Urlaub
Frau Barbara Ludwig	Oberbürgermeisterin	

Verspätetes Erscheinen

Frau Maria Droßel	Agentur für Arbeit	16:39 Uhr, TOP 4.1, dienstliche Belange
Herr Johannes Kaufmann	Katholische Gemeinde	16:33 Uhr, TOP 2

Frühzeitiges Verlassen

Frau Solveig Kempe	CDU-Ratsfraktion	17:35 Uhr, privat
Frau Verona Schinkitz	Fraktion DIE LINKE	17:29 Uhr, Dienst

Unentschuldigt

Herr Lutz Bode	Amtsgericht Chemnitz	
----------------	----------------------	--

stimmberechtigte Ausschussmitglieder

Frau Grit Beyer	Arbeiterwohlfahrt Chemnitz u. Umgebung e. V.
Frau Cornelia Dietrich	Verein Kinder-, Jugend- und Familienhilfe e. V.
Frau Jacqueline Drechsler	SPD-Fraktion
Herr Robert Görlach	Jugendberufshilfe Chemnitz e.V.
Herr Joachim Höfler	CDU-Ratsfraktion
Herr Ulrich Kahle	Ev. Jugend Sachsen
Frau Solveig Kempe	CDU-Ratsfraktion
Herr Thomas Lehmann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Hans-Rudolf Merkel	Stadtmission Chemnitz e. V.
Herr Maik Otto	SPD-Fraktion
Frau Sabine Pester	Fraktion DIE LINKE
Herr Gordon Tillmann	Fraktion FDP

stellv. stimmberechtigte Ausschussmitglieder

Frau Jacqueline Hofmann Familienverein für Groß und Klein e. V.
Frau Verona Schinkitz Fraktion DIE LINKE

beratende Ausschussmitglieder

Frau Jutta Berger Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende
Herr Lutz Bode Amtsgericht Chemnitz
Herr Renzo Di Leo sachkundiger Einwohner
Herr Andreas Hermsdorf Evangelische Gemeinde
Frau Heidemarie Lüth Bürgermeisterin Dezernat 5
Herr Hartmut Schulz Polizeidirektion Chemnitz-Erzgebirge

stellv. beratende Ausschussmitglieder

Herr Frank Prager Abteilungsleiter Abt. 51.1
Herr Leif Wetzel-Dresch AG Städtelternrat Kindertageseinrichtungen

Bedienstete der Stadtverwaltung

Frau Marion Forberg Abteilungsleiterin Abt. 51.2
Herr Frank Schreyer Sachbearbeiter Abteilung 51.1
Frau Kathrin Schäfer Abteilungsleiterin Abt. 51.3
Herr Michael Seidel Referent Dezernat 5

Schriftführerin

Frau Ingeburg Ludwig Sachbearbeiterin Abt. 15.4

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Der **stellvertretende Ausschussvorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Es liegen keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit **festgestellt**.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses - öffentlich - vom 17.05.2011
-

Gegen die Niederschrift sind keine Einwendungen eingegangen. Sie gilt somit als **genehmigt**.

- 4 Beschlussvorlagen an den Jugendhilfeausschuss
-

- 4.1 Regelungen des Amtes für Jugend und Familie zu den fachspezifischen Personal- und Sachaufwendungen an Träger der freien Jugendhilfe gemäß der Richtlinie der Stadt Chemnitz zur Förderung der freien Jugendhilfe, sozialer und sozialmedizinischer Dienste (Fachförderrichtlinie Jugend, Soziales, Gesundheit - FRL-JSG)
Vorlage: B-123/2011 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51
-

Frau Beyer (Arbeiterwohlfahrt Chemnitz und Umgebung e. V.) informiert, dass in der außerplanmäßigen Sitzung des Unterausschusses an 26.05.2011 eine lange Debatte zum Inhalt der Beschlussvorlage geführt wurde, aber keine abschließende Überarbeitung der Beschlussvorlage erfolgen konnte. Daraus resultierend stellt **Frau Beyer** folgenden Geschäftsordnungsantrag:

Die Beschlussvorlage wird an die Verwaltung des Amtes für Jugend und Familie zurückverwiesen mit der Maßgabe, sie in überarbeiteter Form dem erweiterten

Teilnehmerkreis des Unterausschusses für Jugendhilfeplanung wieder zur Befassung zuzuleiten und spätestens im März 2012 dem Jugendhilfeausschuss erneut zur Beschlussfassung vorzulegen.

Frau Stadträtin Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) spricht für den Geschäftsordnungsantrag, weil Anregungen noch keine Berücksichtigung gefunden haben und weiterer Handlungsbedarf bestehe.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag
Abstimmungsergebnis: **einstimmig bestätigt**

Der **stellv. Ausschussvorsitzende** empfiehlt der Verwaltung des Amtes für Jugend und Familie, einen Arbeits- und Zeitplan für die weiteren Handlungsschritte bis März 2012 zu erstellen.

- 4.2 Ermächtigung des Amtes für Jugend und Familie zur Gewährung von Haushaltsmitteln für Bauunterhaltungsmaßnahmen an freie Träger für von der Stadt angemietete Kindertagesstätten, Jugendfreizeiteinrichtungen bzw. Einrichtungen für Hilfen zur Erziehung
Vorlage: B-151/2011 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51
-

Herr Prager (Abteilungsleiter Abt. 51.1) begründet die Beschlussvorlage.

Herr Stadtrat Tillmann (Fraktion FDP) stellt die Frage, ob die angegebene Wertgrenze von 25 T€ für ein Jahr oder für eine Maßnahme gilt.

Herr Prager erklärt, dass die Träger an die Regelungen der Vergabeordnung für Bauleistungen nach VOB gebunden seien. Die Wertgrenze gilt für eine Maßnahme.

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) stellt folgenden Änderungsantrag:
„Vor dem letzten Satz im Beschlussvorschlag wird eingefügt
„Die Ermächtigung gilt bis 31.12.2012“.

Herr Prager sagt, dass sich zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal über die Wertgrenze verständigt werden sollte. Er spricht sich gegen die zeitliche Befristung der Ermächtigung des Amtes 51 aus und verweist dazu auf den Zeitraum der vorläufigen Haushaltsführung bis zur Genehmigung des Haushaltes der Stadt. Außerdem wird durch Beschluss die halbjährliche Information des Jugendhilfeausschusses über die bewilligten Mittel gesichert. Darüber hinaus betrage der Verwaltungsdurchlauf zu einer Vorlage bis zur Beschlussfassung ca. drei Monate.

Herr Prager teilt auf Nachfrage von **Frau Stadträtin Drechsler (SPD-Fraktion)** mit, dass die von ihm genannte Summe von ca. 500 T€ zur Finanzierung von Zeitaufträgen bzw. für die Vergabe von Aufträgen durch die Verwaltung selbst geplant ist. Das Produktsachkonto umfasst insgesamt bis zu 200.000 €.

Herr Tillmann zeigt die Vorgehensweise bei der Realisierung von Wartungs- und Reparaturmaßnahmen auf.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion DIE GRÜNEN) unterstützt den Änderungsantrag von Herrn Otto.

Frau Stadträtin Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) nimmt Bezug auf die Aussage in der Anlage 2, Absatz 3 der Beschlussvorlage und fragt nach der Anzahl der Träger im Verhältnis zur Gesamtzahl der Träger, deren Wunsch mit dieser Vorgehensweise entsprochen werden solle. Sie unterstützt den Änderungsantrag von Herrn Otto.

Herr Prager verdeutlicht, dass die Träger seit längerer Zeit den Wunsch geäußert haben, neben dem Investitionsbereich auch bei Instandhaltungsmaßnahmen tätig zu werden. In der Sitzung des Jugendhilfeausschusses im Monat September 2011 wird eine Berichterstattung dazu erfolgen.

Abstimmung über den Änderungsantrag

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt (11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 2 Stimmenthaltungen)

Beschluss B-151/2011

Der Jugendhilfeausschuss ermächtigt die Verwaltung des Amtes für Jugend und Familie im Rahmen der jährlichen Haushaltplanung Mittel für Bauunterhaltungsmaßnahmen bis zu einer maximalen Höhe von 25 T€ pro Maßnahme an die Träger der angemieteten Einrichtungen auszureichen.

Die Ermächtigung gilt bis 31.12.2012.

Der Jugendhilfeausschuss ist halbjährlich über die bewilligten Mittel zu informieren.

Abstimmungsergebnis: mit Änderungen einstimmig beschlossen

- 4.3 Zuwendung an den anerkannten Träger der freien Jugendhilfe Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Chemnitz und Umgebung e. V. für die Dach- und Fassadenerneuerung der Kindertagesstätte Hofer Straße 17 im OT Mittelbach (Bauausführung)
Vorlage: B-162/2011 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51
-

Herr Prager (Abteilungsleiter Abt. 51.1) führt in die Beschlussvorlage ein.

Es gibt keinen Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-162/2011

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dem anerkannten Träger der freien Jugendhilfe Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Chemnitz und Umgebung e. V. für die Dach und Fassadenerneuerung der Kindertagesstätte Hofer Straße 17 im OT Mittelbach einen Zuschuss in Höhe von 197.396 € zu bewilligen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

- 4.4 Zuwendung an den anerkannten Träger der freien Jugendhilfe Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Chemnitz und Umgebung e. V. für den Umbau des Kinder- und Jugendnotdienstes, Flemmingstraße 97
Vorlage: B-166/2011 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51
-

Herr Prager (Abteilungsleiter Abt. 51.1) nimmt Erläuterungen zur Beschlussvorlage vor.

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-166/2011

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dem anerkannten Träger der freien Wohlfahrtspflege Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Chemnitz und Umgebung e. V. für den Umbau des Kinder- und Jugendnotdienstes eine Zuwendung aus dem Produktsachkonto 3675000.78510100 in Höhe von 57.836 € zu bewilligen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

- 4.5 Zuwendung an den anerkannten Träger der freien Jugendhilfe SSA - Sächsische Sozialakademie gGmbH für die Gebäudetrockenlegung der Kindertagesstätte Straße Usti nad Labem 299/301
Vorlage: B-173/2011 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51
-

Herr Prager (Abteilungsleiter Abt. 51.1) spricht zur Beschlussvorlage.

Herrn Stadtrat Tillmann (Fraktion FDP) ist bekannt, dass im Jahr 2004 die Kindertagesstätte saniert wurde und er fragt, ob zu diesem Zeitpunkt auch eine Trockenlegung des Gebäudes erfolgt ist. Das wird von **Herrn Prager** verneint.

Beschluss B-173/2011

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dem anerkannten Träger der freien Jugendhilfe SSA -Sächsische Sozialakademie gGmbH für die Gebäudetrockenlegung der Kindertagesstätte Straße Usti nad Labem 299/301 eine Zuwendung in Höhe von 100.000 € zu bewilligen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

- 4.6 Zuwendung an den anerkannten Träger der freien Jugendhilfe Volkssolidarität Stadtverband Chemnitz e. V. für die Erneuerung der Ausgabeküche mit Fettabscheider, Rückstausicherung und Lüftung in der Kindertagesstätte Max-Türpe-Straße 40/42
Vorlage: B-177/2011 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51
-

Herr Prager (Abteilungsleiter Abt. 51.1) begründet die Beschlussvorlage.

Herr Prager teilt auf Nachfrage von **Herrn Stadtrat Tillmann (Fraktion FDP)** mit, dass es sich hierbei um eine reine Ausgabeküche handle.

Beschluss B-177/2011

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dem anerkannten Träger der freien Jugendhilfe Volkssolidarität Stadtverband Chemnitz e. V. für die Erneuerung der Ausgabeküche der Kindertagesstätte Max-Türpe-Straße 40/42 eine Zuwendung in Höhe von 87.931 € zu bewilligen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

- 4.7 Zuwendung an den anerkannten Träger der freien Jugendhilfe Arbeiterwohlfahrt Chemnitz und Umgebung e. V. für die Bauunterhaltungsmaßnahme "Entwässerung, Sicherheitsbeleuchtung, Wegerneuerung Giebel, Belagerneuerung" in der Kindertagesstätte Herweghstraße 7
Vorlage: B-178/2011 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51
-

Herr Prager (Abteilungsleiter Abt. 51.1) äußert sich zur Beschlussvorlage.

Es gibt keinen Handlungsbedarf.

Beschluss B-178/2011

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dem anerkannten Träger der freien Jugendhilfe Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Chemnitz und Umgebung e. V. für die Bauunterhaltungsmaßnahme „Entwässerung, Sicherheitsbeleuchtung, Wegerneuerung Giebel, Belagerneuerung“ eine Zuwendung in Höhe von 95.000 € zu bewilligen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

- 4.8 Zuwendung für die Erstausrüstung der Kindertagesstättengruppe der Jüdischen Gemeinde in der Kindertagesstätte Tschaikowskistraße 9
Vorlage: B-179/2011 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51
-

Herr Prager (Abteilungsleiter Abt. 51.1) spricht zur Beschlussvorlage.

Frau Stadträtin Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) stellt die Frage, ob die Jüdische Gemeinde Kenntnis davon hat, dass eine nachträgliche Bezuschussung der Brandschutzmaßnahme ausgeschlossen ist. **Herr Prager** sagt, dass der Träger darüber in Kenntnis gesetzt wurde.

Beschluss B-179/2011

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, der Jüdischen Gemeinde Chemnitz als Träger einer Kindertagesstättengruppe in der Einrichtung Tschaikowskistraße 9 eine Zuwendung für die Ausstattung der Einrichtung in Höhe von 20.000 € aus dem PSK 3652000.00381100 zu bewilligen

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

- 5 Verschiedenes
-

- 5.1 Mündliche Informationen der Verwaltung
-

Frau Bürgermeisterin Lüth informiert über den aktuellen Arbeitsstand zur Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepaketes für Kinder und Jugendliche zum 17.06.2011 wie folgt:

Anspruchsberechtigte Kinder und Jugendliche gesamt: 13.367

Bereich	gestellte Anträge	davon beschieden
SGB II	4.091	2.121
BKGG	4.365	1.740
SGB XII	87	61

Mittagessen	5.196
Schulbedarf	699
Sport/Kultur	1.285
Klassenfahrten	637
Ausflüge	535
Lernförderung	191

Frau Lüth kann im Vergleich mit anderen Städten einschätzen, dass bisher gute Ergebnisse erzielt wurden. Sie macht auf eine beabsichtigte Strukturänderung im Amt 50 aufmerksam, wonach die Bearbeitung der Anträge zur Teilhabe aus dem Bereich Wohngeld herausgelöst und in den Bereich Sozialhilfe eingegliedert werden soll. Weitere Wege der Publizierung der Antragsmöglichkeiten werden während der Sommerferien geprüft.

Die Frage von **Herrn Stadtrat Otto (SPD-Fraktion)** zum Personal für die Bearbeitung der Anträge und zum Anteil der Verwaltungskosten des Bundes beantwortet **Frau Lüth**. Der Bund finanziert momentan die Verwaltungskosten durch die Erhöhung des Zuschusses im Bereich der Kosten der Unterkunft. Im Jahr 2014 werden die Verwaltungskosten im Zusammenhang mit dem SGB XII für die Grundsicherung im Alter erstattet. Deshalb erfolgt keine Neueinstellung von Personal, sondern eine Umsetzung von Beschäftigten im Rahmen des EKKo. Sie verweist auf Probleme in

der Anwendung einer komplizierten Software, bei der Bescheiderteilung sowie auf einen erhöhten Krankenstand dieser Beschäftigten. In der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses wird über eine Lösung informiert.

Herr Wetzel-Dresch (AG Stadelternrat Kindertageseinrichtungen) informiert, dass in der Mitgliederversammlung am 27.03.2011 ausgiebig über den Sachverhalt informiert und an die Einrichtungen eine Rundmail gesandt wurde. Das Problem bestehe im Nichterreichen der Eltern von anspruchsberechtigten Kindern.

Frau Dietrich (KJF e. V.) erklärt, dass die Eltern persönlich angeschrieben und über die Möglichkeit der Antragstellung zum Bildungs- und Teilhabepaket informiert wurden. Sie macht darauf aufmerksam, dass die Verfahrensweise zur Unterstützung bei Ausflügen schwierig ist, da die Eltern in finanzielle Vorleistung gehen müssen. Ferner bemängelt sie, dass die Lernförderung erst bei einer vorliegenden Versetzungsgefährdung in Anspruch genommen werden darf. Ihrer Meinung nach sei dieser Zeitpunkt zu spät, weil vielmehr präventiv einer Versetzungsgefährdung vorgebeugt werden müsse.

Frau Hofmann (Familienverein für Groß und Klein e. V.) ist wichtig, dass die Eltern befähigt werden müssen, selbst im Amt den Antrag zur Teilhabe für ihre Kinder zu stellen.

Herrn Kaufmann (Katholische Gemeinde) ist wichtig, dass die notwendigen Informationen zum Bildungs- und Teilhabepaket zu den Eltern gelangen, die erreicht werden sollen. Demzufolge sei erforderlich, dass auch die Informationen über die Freizeiteinrichtungen publiziert werden müssen.

Dies wird **Frau Lüth** veranlassen.

5.2 Fragen der Ausschussmitglieder

Herr Görlach (Jugendberufshilfe e. V.) fragt nach dem Zeitpunkt der Antwort an die freien Träger bezüglich der Anträge für Investitionsmittel.

Frau Schäfer (Abteilungsleiterin Abt. 51.3) teilt mit, dass für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses im Monat August 2011 eine Beschlussvorlage vorgesehen ist.

Herrn Stadtrat Tillmann (Fraktion FDP) interessiert der Zeitpunkt der Außer-Kraft-Tretung der bisherigen Regelung für den Essengeldzuschuss in Kindertagesstätten.

Frau Forberg (Abteilungsleiterin Abt. 51.2) informiert, dass sich dazu bereits eine Beschlussvorlage im Ämterdurchlauf befinde.

6 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses - öffentlich -

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung werden die Stadt-ratsmitglieder **Frau Drechsler (SPD-Fraktion)** und **Frau Pester (Fraktion DIE LINKE)** bestimmt.

*

*

*

Herr Merkel schließt die Sitzung des Jugendhilfeausschusses - öffentlich -.

28.06.11
Datum
gez. *H.-R. Merkel*
Merkel
stellv. Vorsitzender
des Ausschusses

28.06.11
Datum
gez. *J. Drechsler*
Drechsler
Mitglied
des Ausschusses

04.07.11
Datum
gez. *Pester*
Pester
Mitglied
des Ausschusses

28.06.11
Datum
gez. *Ludwig*
Ludwig
Schriftführerin